Zeitung für eine

Neue Linke

2 (29)

Der Lange Marsch geht weiter

OKTOBER 1977 2 MARK

INHALT:

Editorial:
Das Massaker von Köln und die Neue Linke

T. Fichter/S. Lönnendonker:
Nihilistischer Terror, links etikiert und die Sprachlosigkeit der Neuen Linken

M. Scharrer:
Wasserspender des Terrors

P. Brandt:
Was nun?

E. Fried:
„... Sie nahmen den Schleyer"

EUROKOMMUNISMUS-SEMINAR
in Westberlin Mitte Juni 1977:

R. Steinke:
Bericht und Einschätzung
Lombardo - Radice / Natoli / Kammerer / Redaktion ZNL, der lange marsch:
Ein Streitgespräch

J. Miermeister:
zu Bahro's Alternative

M. Scharrer:
Fragen an Horst Mahler

Franziska Groszer:
Zu Harich

..... und vieles mehr

Block entstehen, der zumindest den imperialistischen Bestrebungen der USA geschlossen entgegentreten würde. Eine entsprechende Einbindung der PCI und KPF, vielleicht auch der KP Spaniens wäre nicht auszuschließen.

(5) Siehe hierzu auch den Brief von Peter Uhl aus der CSSR in der letzten Nummer des „Langen Marsches".

(6) Siehe hierzu auch: Isaac Deutscher, Die Mythen des Kalten Krieges, in: Strategien der Konterrevolution, hrsg. von David Horowitz, März Verlag.

(7) Dies trifft vor allem für den VSA Verlag und die Zeitschrift „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" zu. Eine Gruppierung, die doch allen Grund hätte, sich selbstkritisch mit der „eigenen" (nicht individuellen) politischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Stattdessen beobachten wir eine euphorische und unkritische Übernahme von eurokommunistischen Vorstellungen, wobei man der Illusion anhängt, die DKP/SEW wirklich in ihrer politischen Substanz ändern zu können. Der Nachdruck von Büchern Ellensteins oder Carillos ersetzt ja nicht die detaillierte und kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Arbeiterbewegung. Fragen der SED-Geschichte und Geschichtsschreibung, der Situation der DDR, 17. Juni etc. Es ist nicht genug, nur den Rücken in eine andere Richtung zu beugen. Man sollte versuchen, sich aufzurichten.

(8) Daß es diese Bestrebungen gibt, zeigen nicht nur die Auffassungen des FIAT-Chefs Agnelli und des heutigen Vorsitzenden des Unternehmerverbandes CONFINDUSTRIA Carli, sondern auch Äußerungen des EG-Kommissars Spinelli (kandidierte auf der Liste der PCI). Trentin spielt hier auf entsprechende Vorausstellungen an, die darauf hinauslaufen, auch in Italien ein System der „industriellen Beziehungen" zu schaffen, was sich an Westdeutschland (Mitbestimmung u. a.) anlehnt.

(9) Eine Zuspitzung der Diskussion gab es in der PCI im Frühjahr, als ein Flügel – um Amendola – dezidiert die Auffassung vertrat, die Arbeiterklasse habe in der Krise Opfer zu bringen, auch ohne politische oder materielle Zugeständnisse. Amendola vertritt hier die Auffassung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und einen Begriff von Allgemeinwohl, der sich deutlich an der Sozialdemokratie orientiert. Sowohl partielle Kämpfe (Streiks, Studentenbewegung etc.) werden abgelehnt, wie auch gruppenegoistische Interessen, so u. a. die „gleitende Lohnskala", Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze und um den Erhalt der Tarifautonomie zurückweist. Siehe auch Prokla Nr. 27, S. 110 ff.

(10) In der Labour Party sind die Gewerkschaften **kollektiv** Mitglied, so daß von einer scharfen organisatorischen Trennung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation nicht die Rede sein kann. Auch die III. Internationale hat nie ein wirkliches Verhältnis und Verständnis der Labour Party entwickelt. Zuerst trat die III. Internationale für eine Partei in England ein, später versuchte sie, diese immer wieder in die Labour Party zu integrieren, was ihr aufgrund der Politik Moskaus aber nie gelang. Wer in den Gewerkschaften arbeitet, muß also auch automatisch Mitglied der Labour Party werden. Auch die heutige kommunistische Partei ist vermittels der Gewerkschaften Mitglied der Labour Party. Diese organisatorische Verknüpfung ist nicht unwesentlich für die Existenz einer starken klassenkämpferischen Strömung in der englischen Arbeiterklasse.

(11) Völlig unterschiedliche Kräfte vertreten die These der „Sozialdemokratisierung": sowohl Moskau in der Kritik des Eurokommunismus, wie auch die SPD selbst (siehe K. D. Voigt u. a.), Mandel und verschiedene undogmatische Strömungen.

(12) Die SPD vor 1914 war eine **Gesellschaft außerhalb der Gesellschaft**, bedingt durch das Dreiklassenwahlrecht und den absoluten Ausschluß aus jeglicher politischer Verantwortung in den Ländern, dem Reich oder den Städten.

(13) Kautskys Buch „Der Weg zur Macht" formuliert dort die sogenannte „Ermattungsstrategie". Ein auf den Begriff gebrachtes organisches Verständnis der politischen Entwicklung. Bernstein hat dagegen einen viel dynamischeren Begriff von Politik, weil er die Sozialdemokratie aus dem starren dogmatischen Verständnis von gesellschaftspolitischer Wirkungsmöglichkeit herausführen will.

(14) Die Vorstellung von der „Aktualität der Revolution" (siehe Lukaćs, Lenin, Kapitel I/1) war das grundlegende Verständnis vom Charakter der Epoche.

STREIT-GESPRÄCH

zwischen: Peter Kammerer, Lucio Lombardo Radice, Aldo Natoli und Otto Kallschener und Rudolf Steinke

Kommunistische Partei Italiens – ein Papiertiger?

Frage: *Die Wahl am 20. Juni 1976 hat zwei Sieger hervorgebracht: die PCI und die DC. Wie ist dieses Wahlergebnis zu beurteilen? Hat dieses Wahlergebnis in Italien eine neue Situation geschaffen? Befindet sich der „Historische Kompromiß" aufgrund des Wahlergebnisses und der parlamentarischen Situation auf dem Wege der Verwirklichung? Oder macht die DC nur zeitweilige Zugeständnisse, um in den folgenden Monaten die Kommunistische Partei zu diskreditieren, indem sie deren Machtlosigkeit in den Verhandlungen demonstriert, um dann später wiederum in eine frontale antikommunistische Haltung zurückzukehren; wie unter De Gasperi oder Fanfani?*

Aldo Natoli: Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der 20. Juni in Italien eine *neue* politische Situation geschaffen hat, die es in der Vergangenheit in diesem Sinne noch niemals gegeben hat. Die Elemente, die diese neue Situation charakterisieren, sind: *Erstens* die gewaltige Stärkung der Kommunistischen Partei, die die Folge, den höchsten Punkt einer Ausweitung der Stärke der Kommunistischen Partei darstellt, welche bereits in den letzten Jahren deutlich war und sich bereits im Jahr zuvor (1975) in den administrativen (Regional- und Kommunal-) Wahlen manifestiert hatte. Das *zweite* Element ist, daß am 20. Juni die Democrazia Cristiana bereits deutliche Anzeichen eines Wiederaufschwungs, einer – im Verhältnis zum vorhergehenden Jahr – Stärkung ihrer Position gezeigt hat, und zwar mit einem offensichtlichen Gewinn der DC in Wählerbereichen der Rechten. Dies sind die beiden – bis zu einem gewissen Punkt widersprüchlichen Elemente des Wahlresultats vom 20. Juni.

Das *dritte,* meiner Ansicht nach äußerst wichtige Element bildet die Tatsache, daß diejenigen, die gewissermaßen die Kosten dieser Stärkung der beiden Hauptparteien getragen haben, die Zwischenparteien (partiti intermedi) gewesen sind: nämlich die Sozialistische Partei und auch die Sozialdemokratische Partei und in gewissem Maße auch die Republikanische Partei. Sie hatte nämlich auf einen großen Wahlerfolg gehofft und ihr Erfolg ist vielmehr begrenzt gewesen.

Die Situation nach dem 20. Juni charakterisiert somit folgendes Neue: Sie akzentuiert den bipolaren Charakter der italienischen politischen Situation und unterstreicht den deutlichen Fortschritt, den die kommunistische Partei in den letzten Jahren auf der Wählerebene gemacht hat. Zusammengefaßt sind dies also die Elemente, die die neue Situation ausmachen.

In dieser Situation wird nun von Seiten der Kommunistischen Partei – und zwar mit einer gewissen objektiven Grundlage als Ergebnis der neuen Situation – erneut der Vorschlag des Historischen Kompromisses vorgebracht, der von Berlinguer bereits Ende 1973 eingebracht worden war. Welche Haltung nimmt die Democrazia Cristiana gegenüber diesem Vorschlag ein? Die DC akzeptiert diesen Vorschlag nicht – und zwar prinzipiell – sondern weist ihn im Gegenteil bei jeder Gelegenheit, wo er ihr offen gemacht wird, zurück. Nach der Christdemokratie gebe es absolut keine Möglichkeit für ein allgemeines politisches Abkommen mit der Kommunistischen Partei, und zwar sowohl aus praktisch-politischen, wie aus prinzipiellen Gründen.

In Wirklichkeit war schon seit einiger Zeit vor dem 20. Juni in Italien ein – sagen wir – „schleichender" Prozeß von Abkommen zwischen DC und PCI auf kommunaler und regionaler Ebene im Gange, und zwar nicht allein mit der Aufgabe, die jeweiligen besonderen Probleme zu lösen, sondern auch, um auf kommunaler und regionaler Ebene Regierungs- und Verwaltungsorgane zu bilden. Man kann also von einer Situation reden, in der faktisch Kompromisse – noch keine historischen, aber lokale und partielle – ziemlich zahlreich zwischen PCI und DC geschlossen wurden. Dies ist eines der Elemente, die dem 20. Juni vorhergingen und das meiner Ansicht nach nach dem 20. Juni nicht mehr dahin tendiert zu wachsen, sondern dazu, von der Democrazia Cristiana offen infrage gestellt zu werden.

Und damit komme ich zum zweiten Teil der Frage, nämlich: Worin besteht in dieser Phase nach dem 20. Juni die Position der Democrazia Cristiana? Nach den Wahlen, glaube ich, sah sich die DC mit zwei Problemen konfrontiert: *Erstens* die Überraschung darüber, die eigene Position gefestigt zu haben, was die Christdemokraten absolut nicht erwartet hatten. *Zweitens* die Tatsache, daß sie genau auf dieser Basis und aufgrund des Umstands, für das die DC auf parlamentarischer Ebene jedenfalls keine Möglichkeit bestand, alleine zu regieren, die Kommunistische Partei unbedingt berücksichtigen mußte. Es kam also darauf an, eine Formle zu finden, die es erlaubte, ein Abkommen zu schließen, das gleichzeitig kein Abkommen ist. Und es war die große Erfindung von Andreotti – und ich weiß nicht, ob von Bufalini oder Napolitano – (Mitglieder des Sekreteriats der PCI) die es erlaubte, eine Regierung zu bilden, die gegründet ist nicht mehr auf das Vertrauen, sondern auf jene Neuheit...

Frage: ... *historisch?*

Natoli: ...ecco, diese ist in der Tat historisch – also auf jener „historischen Neuheit" des „Nicht-Mißtrauens" gegründet...

Lombardo-Radice: Eine doppelte Negation ist eine Behauptung...

Natoli: Ich glaube, das ist ein ausgesprochener Mißbrauch der Dialektik. Ich kann daran absolut nichts Dialektisches finden... also es erinnert mich eher an gewisse Aspekte der Commedia dell'Arte... Jedenfalls – worin besteht die Position der Democrazia Cristiana? Die DC schließt ein begrenztes Abkommen und verfolgt dann, mit großer Weisheit im Prinzip und einer gewissen andreottischen Raffinesse, eine Linie, die dahin tendiert, die Kommunistische Partei an die Regierungsmitverantwortung zu binden, auf die Kommunistische Partei die Mitverantwortung der Verschlimmerung der Situation fallen zu lassen: der Verschlechterung der ökonomischen Lage – mit Opfern für die arbeitende Bevölkerung –, der Verschlechterung der monetären Situation – Anwachsen der Inflation –, und auch der Verschlechterung, die derzeit beschleunigt in der in-

nenpolitischen Lage stattfindet – unter den Bedingungen des Fortbestehens einer reaktionären Offensive, die deutlich darauf abzielt, über Provokationen die politische Spannung im Lande zu vergrößern. Auf diesem Wege ist es der Christdemokratie meiner Meinung nach gelungen, einige Resultate zu erreichen – die man gar nicht überzubewerten braucht: es sind begrenzte Resultate – doch es sind Resultate, die einen unmittelbar praktischen, wenngleich begrenzten Wert haben und vor allem eine *Tendenz* anzeigen, und zwar die beherrschende Tendenz der DC: Die DC intendiert in keiner Weise mit der kommunistischen Partei als mit einer gleichberechtigte Kraftübereinkünfte zu treffen. Die Christdemokraten hat keinerlei Schwierigkeiten, eine Reihe von Abkommen auf jeder Ebene – auch auf der parlamentarischen Ebene und vielleicht schließlich auf der der Regierung – zu schließen, solange sie die *volle politische Kontrolle* der Situation behält, also das, was die ‚centralita" der Rolle der DC genannt wird, Bis zu diesem Punkt wird es nicht zögern, auch Abkommen mit der Kommunistischen Partei einzugehen. Aber meiner Ansicht nach kommt von der Christdemokratie eine permanente und generelle Verweigerung des Historischen Kompromisses, wie er von Berlinguer vorgeschlagen wurde. Und ich bin mir darüber klar, daß die DC ein solches Abkommen mit Berlinguer und der Kommunistischen Partei nicht schließen *kann*. Denn wenn sie dies täte würde es unausweichlich zu einem unlösbaren Widerspruch innerhalb der DC und zur Spaltung dieser Partei führen. Dies stellt also ein Ziel dar, das weder die Christdemokratie zulassen kann, noch kann die Kommunistische Partei meiner Ansicht nach hoffen, daß es realisierbar sei. Darauf zu hoffen oder zu glauben, man könne dieses Ziel – ohne es auszusprechen – verwirklichen, ist meiner Ansicht nach entweder eine utopistische oder abenteuerliche Politik.

Ein verändertes Kräfteverhältnis: Zwei Sieger!

Antwort: Lucio Lombardo-Radice:
Es gab nach den Wahlen am 20. Juni zwei Sieger. wie man gesagt hat. Aber man muß beachten, daß die PCI einen großen Sieg hatte, etwa 7 % mehr Stimmen als vorher. Dies ist etwas Außerordentliches. Doch die PCI hatte auch eine relative Niederlage, weil die Niederlage der PSI und PRI (der Sozialisten und Republikaner) auch eine Niederlage für uns ist. Die PCI braucht einen artikulierten Pluralismus der demokratischen und sozialistischen Kräfte. Deshalb war die Niederlage der PSI und PRI auch eine Niederlage für uns, für unsere Strategie und unsere Demokratie.

Es gab auch eine Enttäuschung der Wähler. Viele Wähler, besonders im Süden. Wir hatten in der letzten Zeit auch einige regionale Testwahlen *1, in denen man sehr klar sieht, daß das,* wahlen [1], in denen man sehr klar sieht, daß das, was die PCI im Süden in der Periode zwischen Juni 75 und Juni 76 gewonnen hat, wieder verloren gegangen ist. Genau dieser Anteil. Die 10 % Stimmenzuwachs im Süden, in nur einem Jahr, also ein gewaltiger Sprung, setzte sich vor allem aus Stimmen der Arbeitslosen zusammen. Sie bedürfen sofortiger Erfolge. Wenn diese sich nicht einstellen, dann sind sie fast gezwungen, wieder zum Klientilismus zurückzukehren oder daran festzuhalten. Ein Genosse der PCI, mit dem ich zusammen im antifaschistischen Kampf gestanden habe, sagte einmal: daß das Lumpenproletariat von Neapel seine Stimme für die Republik gegeben hätte, falls die PCI imstande gewesen wäre, ein wenig, auch nur eine Hälfte der pasta asciutta zu geben. Sie wählten dann die Monarchie, weil diese zu geben vermochte.[2]

Trotzdem, auch das Lumpenproletariat wünscht eine tiefe Umwälzung, aber wenn eine solche Umwälzung nicht sofort eintritt, dann kehrt es zum Klientilismus zurück.

Man darf aber nicht vergessen, daß die Testwahlen im Norden und im Zentrum ein anderes Merkmal zeigten. Trotzalledem wurde hier die PCI noch stärker. Es ist doch erstaunlich, daß z.B. in Livorno die PCI trotz vorhergehende 53 % sogar noch hinzugewann.

Aber im großen und ganzen, nach dem 20. Juni ist das Regime der DC in die Krise geraten. Es ist hier nicht notwendig weiter darüber zu sprechen. Aldo hat darüber zu sprechen. Aldo hat darüber schon einiges gesagt. Das Regime der Korruption, des Korporativismus...

Aber dieses Regime hält sich heute nicht mehr. Dieses Regime der Willkür und der Allmacht ist heute nicht mehr möglich. Aus verschiedenen Gründen: aus politischen und aus ökonomischen. Aber in einer solchen Lage ist es möglich, die DC zu tiefen Änderungen zu zwingen. In welchem Sinne? Und aus welchen Gründen? Aus zwei Gründen: Erstens gibt es innerhalb der DC Gegensätze. Es gibt auch eine breite Basis von Wählern der DC, die seit langem mit Kommunisten, Sozialisten usw. zusammenarbeiten und effektiv in der täglichen Realität an der Basis den Historischen Kompromiß schon praktizieren. Man muß unsere Strategie des Historischen Kompromisses nicht als eine Strategie auf bloßer Führungsebene betrachten. Es ist im Gegenteil eine doppelte Strategie, nämlich von unten und von oben. Dies war immer unsere Losung: von unten und von oben. Und von unten hat sich der Historische Kompromiß, d.h. die Zusammenarbeit von Sozialisten, Christdemokraten und Kommunisten mächtig entwickelt, in den letzten Jahren.

Der zweite Grund ist die Stärke der KPI, die Stärke der Linken. Es ist die Stärke der Arbeiterklasse in Italien. Deshalb kann man die DC auch zwingen. In diesem Sinne muß man gleichzeitig eine Regierungs- und eine Kampfpartei sein. Ich habe dies schon mehrmals in Deutschland gesagt.

Ich glaube, daß jetzt die Gefahr besteht, daß die KPI jetzt nicht so eine starke Kampfpartei ist wie vorher. Aber umgekehrt ist es absolut notwendig, um die DC zu zwingen, auch an der Spitze, daß starke Kämpfe sich entwickeln. In diesem Sinne sage ich: es gibt die Möglichkeit, dieses Regime zu ändern. Und es ist auch notwendig, ein solches Regime zu ändern, um aus der Krisis einen Ausweg zu finden.

Es ist natürlich nicht sicher. Man kann auch scheitern. Es wäre falsch, zu sagen, daß man sich für immer und ewig im Parlament enthalten muß. Es wird mehrere Phasen geben und vielleicht wird es auch wieder eine Phase von parlamentarischer Opposition geben. Es werden sich Spannungen entwickeln, aber ich glaube, daß der Prozeß möglich ist und vor allem, daß er notwendig ist.

Ich vergaß zu sagen, daß ich ganz einverstanden bin mit Aldo Natoli, mit seiner Analyse der politischen Strategie der DC. Ich glaube auch, daß sie einen solchen Plan haben, auf den Schultern der PCI alle Verantwortlichkeit abzuladen, und die autonomen Bewegungen einzusetzen und auszuspielen gegen die PCI. Dies ist vollständig klar. Doch man muß eine solche Strategie bekämpfen und niederschlagen. Auch Herr Fanfani hatte meist eine Strategie und er wurde niedergeschlagen, sie war nicht notwendig eine siegreiche Strategie. Und Umwälzungen gab es. Es ist unmöglich zu verneinen, daß innerhalb der DC und auch in ihrer Politik tiefe Veränderungen stattgefunden haben. Und alles erzwungene Veränderungen. Nicht freiwillige!

Enttäuschte Erwartungen

Antwort: Peter Kammerer
Ich möchte betonen, daß der 20. Juni ganz weit zurück liegt. Weiter als es normalerweise angenommen wird und das in der Periode 20. Juni 76 bis 20. Juni 77 ein Unterschied gemacht werden muß. Die erste Periode dauerte bis zum Februar und dann ab Februar bis heute. Ich glaube, daß die Italienische Situation ab Februar einen qualitativen Sprung gemacht hat. Die Erwartung, die alle nach dem 20. Juni 76 hatten, daß hier ein Anfang einer neuen Entwicklung sei, wurde enttäuscht. *Der 20. Juni 76 kann auch als das Ende einer langen Entwicklung interpretiert werden.* Es ist der Anfang vom Ende. Die PCI hat den Platfond erreicht und hat nun Schwierigkeiten, die seit dem 1. Februar ganz deutlich werden. Man kann die jetzige Situation nur verstehen, wenn man die Periode 1. Februar bis heute wirklich analysiert. Das ist natürlich sehr schwer. Wer weiß, was da wirklich passiert ist? Weil es soviele Quellen, soviele Interpretationen gibt. Nicht einmal über die Fakten ist man sich einig. Man müßte, glaube ich, um zu verstehen in welche Situation wir hineinkommen, wirklich untersuchen, was zwischen dem 1. Februar und heute geschehen ist. Und ich glaube, daß das was passiert ist, ein Ergebnis des 20. Juni 76 war und ist.

Nämlich enttäuschte Erwartungen. Aber enttäuschte Erwartungen nicht nur von seiten des Subproletariats oder des Lumpenproletariats, sondern von ganz großen Schichten, die von einem positiven Entwicklungs- und Beteiligungsprozeß ausgeschlossen sind. Dies betrifft vor allem die Arbeitslosen, einen Teil der Frauen, die Jugendlichen, und zwar im weitesten Sinne. Das Jugendproblem ist ein ganz großes Problem. Dies hat derartige qualitative Ausmaße angenommen, daß man eigentlich von einem Subproletariat oder proletarisierten Jugend nicht einmal mehr reden kann. Die Wahlen haben gezeigt: im Norden, wo ein relativ mittelständisches Bürgertum existiert und wo es noch einigermaßen funktionierende Strukturen gibt, da hat die Politik der PCI einen Konsenz erzielt. Aber wo diese Strukturen in totaler Auflösung begriffen sind hat die PCI einen Rückschlag erlitten.

Regierungs- und Kampfpartei: die Quadratur des Kreises?

Frage: *Um anzuknüpfen an diesem Verhältnis von Regierungs- und Kampfpartei, das zum Selbstverständnis – zu einem sehr alten und in anderem Sinne in neuer Form aktualisierten Selbstverständnis der PCI gehört. Besteht nicht gegenwärtig die Gefahr, daß die PCI in ihrer Rolle als „Regierungspartei", in der sie das gegenwärtige Institutionensystem akzeptiert, die Massenbewegung, die sozialen Bewegungen, bis hin zur Studentenbewegung, zu kanalisieren versucht, und, daß dies gerade das ist, worauf die DC in ihrer Taktik gegenüber der PCI abzielt. Daß eine kanalisierte Massenbewegung oder eine Massenbewegung, die keine autonome Kraft mehr darstellt gegenüber dem Wechselspiel der Institutionen, gleichzeitig eine geschwächte Basis für die PCI darstellt, so daß auf der Grundlage dieser geschwächten Basis in einem späteren Zeitraum – in einem, vielleicht in zwei Jahren – die DC wieder gefahrlos zur frontalen Offensive auch gegen die PCI, gegen die Arbeiterbewegung, die Gesamtheit der demokratischen Kräfte in Italien übergeht. Also: in welcher Weise stellt sich das Verhältnis von Regierungs- und Kampfpartei in dem praktischen Verhältnis zu den gegenwärtigen Institutionen in Italien?*
Natoli: Zur letzten Frage: Wie ist diese Strategie, diese Linie der Democrazia Cristiana zu bekämpfen, die darin besteht, die Kommunistische Partei für die Folgen der Krise mitverantwortlich zu machen und damit ihre Physionomie als Partei aufzureiben, die die Interessen der Massen vertritt, die eine Perspektive der Transformation der politischen Macht und der Gesellschaft vorschlägt, wenn auch über einen Weg der Entwicklung der Demokratie und des graduellen Hinüberwachsens (gradualita)? Wie ist diese Linie zu bekämpfen? Darin liegt das Problem, das ihr aufgeworfen habt und auf das Lucio eben geantwortet hat. Ich will jetzt die grundsätzliche Kritik beiseite lassen, die ich an der heutigen Strategie der PCI übe und die ich bereits – und vielleicht allzu oft – geäußert habe. Ich beschränke mich vielmehr auf einige Bemerkungen, wie *innerhalb* dieser Strategie der Angriff der Christdemokraten bekämpft und zurückgeschlagen werden sollte.

Ich glaube – und darin bin ich mit dem, was Kammerer gesagt hat, einverstanden –, daß es vor allem seit Februar dieses Jahres eine qualitative Veränderung in der Linie der Gegenoffensive der DC und der reaktionären Kräfte gegeben hat. Und ich denke, daß die Antwort, die die Kommunistische Partei seit Februar gegeben hat, nicht mehr angemessen gewesen ist – auch wenn man innerhalb des Bereichs der Ziele der PCI bleibt, ohne sie zu kritisieren, war die Antwort der PCI nicht mehr angemessen. Ich bin also der Meinung, daß gerade diese Konzeption der Partei, die gleichzeitig eine Regierungs- und Kampfpartei ist – jene Konzeption, die ihre besondere Ausprägung in den 50er Jahren im Kampf gegen die Angriffe der DC auf die Kommunistische Partei und die Demokratie fand –, daß diese Konzeption in der letzten Phase von der PCI auf eine Weise verwirklicht worden ist, die faktisch den Akzent ausgesprochen hin zu einem Verhalten der Partei als Regierungspartei und nicht als Kampfpartei verschoben hat.

Denn: Was in unserem Lande geschieht, ist das Aufbrechen einer Reihe von – *teilweise* spontanen – Bewegungen, die Fragen in Inhalten und Formen aufgeworfen haben, die die PCI nicht mehr kontrolliert. Ohne Zweifel entstand in der italienischen Gesellschaft ein breites Feld von – wenn auch zerstreuten, konfusen und widersprüchlichen – *Massenbewegungen* mit Forderungen auf unterschiedlichen Ebenen, und zwar von rein korporativen Forderungen bis hin zu Forderungen, die die traditionellen Strukturen, die Verhaltensweisen und Daseinsformen der „societa civile"[3] und Daseinsformen der „societa civile"[3] betreffen, Bewegungen und Forderungen, die die PCI nicht mehr hegemonisieren kann.

In diesem Bereich entwickeln sich *auch* Phänomene mit deutlichen Anzeichen des Versuchs, die Grundlagen des demokratischen Regimes zu erschüttern und in diesem Zusammenhang sind – auf eine unmöglich präzise definierbare Weise – die organisierte Aktion von Provokationen und die in jeder Hinsicht völlig verfehlte Aktion von kleinen politischen Gruppen mit einem oberflächlichen und insgesamt völlig unangemessenen Bewußtsein über die italienische Situation einzuordnen.

Wie ist nun auf diese Situation zu antworten? Was meiner Meinung nach der Strategie der PCI in diesem Augenblick fehlt, ist die Fähigkeit zu einer Initiative, die, wenn schon keine Hegemonie, so doch wenigstens eine Verbindung und eine Aktionseinheit mit diesen in der italienischen Gesellschaft entstehenden Bewegungen herzustellen vermochte. Ich denke dabei vor allem an die großen Massen der jugendlichen Arbeitslosen, unter denen die Kommunistische Partei bis heute nicht in der Lage gewesen ist, auf eine solche Weise zu agieren, daß sie diesen Massen eine Richtung angeben könnte. Ich denke bis zu einem gewissen Maß auch an die feministische Bewegung und an bestimmte Forderungen der feministischen Bewegung. Denn wenn es zutrifft, daß die PCI in diesem Punkt Fortschritte gemacht hat und wenn sich gewisse Verbindungen auch hergestellt haben, so trifft doch gleichfalls noch zu, daß die feministische Bewegung und bestimmte ihrer Forderungen der Ideologie, der Kultur und den Gewohnheiten der PCI fremd zu bleiben scheinen und daß die PCI nur, wenn sie in bestimmten Momenten dazu gezwungen zu sein scheint, sie schließlich partiell einige Inhalte und – auf noch partiellere Weise – einige Kampfformen akzeptiert. Dies ist meiner Ansicht nach der Bereich, über den die PCI keine Hegemonie mehr auszuüben vermag, in dem sie jedoch ihre Aktion konzentrieren sollte.

Die Aktion der PCI gegenüber der Verschlechterung der italienischen Situation bestand im Gegenteil jedoch darin, mit der Democrazia Cristiana im Parlament und auf Regierungsebene Übereinkünfte zu suchen, die dahin gehen, gewisse Forderungen der DC nach einer Verstärkung der Maßnahmen der staatlichen Ordnungsgewalt (ordine pubblico) aufzunehmen:
- die Befugnisse des Innenministeriums zu erweitern,
- die Macht der Polizei zu verstärken,
- und objektiv die Freiheiten der Bürger einzuschränken.

Und auch jetzt, in dem Moment, wo es um ein programmatisches Abkommen zwischen PCI und DC geht, bildet dies eines der grundlegenden Elemente der Verhandlungen. Ich weiß nicht, ob und in welcher Form die Kommunistische Partei die Anforderungen der Christdemokratie akzeptieren oder teilweise einschränken kann. Bezeichnend ist für mich jedoch, daß der „ordine pubblico" das grundlegende Element ist, auf das sich die PCI im Moment einläßt.

Mindestens seit Februar also – aber man müßte hier weit zurückgreifen – hat sich also das Gleichgewicht, das die PCI zwischen ihrer Fähigkeit, Kampfpartei und der, Regierungspartei zu sein, stabilisieren will, auf gefährliche Weise in die Richtung verschoben, eine Partei zu sein, die – obwohl sie nicht an einer Regierung, an der DC-Regierung beteiligt ist – diese DC-Regierung über die Grenzen hinaus unterstützt, die ihr ihr Charakter als Kampfpartei und Massenpartei vorschreiben würde.

Antwort: Lombardo Radice:
Es ist nicht das erste Mal, daß die organisierte und disziplinierte Arbeiterbewegung mit Rebellion zu tun hat.

Es gab z.B. auch in Italien überall Bauernrebellion. Auch Gramsci schrieb darüber z.B. die Bauern von Sizilien, Kalabrien, etc. vom Süden erhoben sich abrupt, plünderten und legten Feuer an öffentlichen Institutionen. Man kann dies sehr gut und sehr korrekt mit den Studentenrebellionen vergleichen. Was war unsere Linie? Die Linie des Marxismus? Es war keineswegs die Linie der Akzeptierung dieser Formen

des Kampfes. Aber die grundlegenden Probleme müssen gelöst werden. Warum solche Rebellionen? Wie muß man diese spontanen Bewegungen leiten, um eine Veränderung der Lage herbeizuführen. Schon 1945 hatten wir im Süden solche Rebellionen. Was war unsere Stellungnahme? Agrarische Reformen, und nicht uns an die Spitze der blinden Unruhe zu stellen. Und in diesem Sinne glaube ich, daß unsere Initiative jetzt nicht ausreicht und vielleicht auch nicht gegenüber der Frage der Studenten und der arbeitslosen Jugendlichen nicht angemessen ist.. Aber wir stellen uns nicht an die Spitze dieser Plünderungen und der Zerstörungen und der Utopien, z.B. die Forderung nach: Lohn für alle ohne Arbeit. Nein, unsere Politik ist unzureichend, weil wir nicht fähig sind, die Universitätsreformen und die Frage der Arbeitsbedingungen an den Unis anzugehen. In diesem Sinne kritisiere ich unsere Verspätungen, was ich auch wiederholt geschrieben habe. Die alten Reformen sind ganz und gar ungenügend. Aber dies meint nicht, daß wir unfähig sind, die Probleme anzugehen. Und es ist nicht das erste Mal, daß solche Unterschiede zwischen einer disziplinierten und bewußten Arbeiterbewegung und Rebellionen von armen Leuten, von Arbeitslosen usw. entstehen.

Antwort: Peter Kammerer

Mir scheint Lombardo-Radice sehr „lutherisch" zu sein, wenn er solche Bewegungen, Bauern- und Studentenbewegungen vor allem unter dem Gesichtspunkt des Plünderns und des Räuberischen Aufstehens sieht.

Lombardo-Radice: Das sind die Formen. Nein, nein, das sind die Formen.

Peter Kammerer: Das sind die Marginalformen...

Lombardo-Radice: Nein, nein, nicht nur marginal...

Peter Kammerer: Sie kommen auch vor. Aber die Frage ist, ob ich dies in den Vordergrund der Analyse stelle oder nicht? Das war genau die Frage Luthers!

Lombardo-Radice: Aber in Luthers Zeit gab es keine Arbeiterbewegung!

Peter Kammerer: Jetzt zum zweiten, zu den historischen Ereignissen in Italien. Es ist historisch falsch, eine Parallele zwischen den Bauernrebellionen 1944–54 und der heutigen Studentenrebellion zu ziehen. Der Unterschied ist: die PCI hat 1944–54 in den großen Bauernbewegungen nie die Polizei gegen diese „Plünderer und Räuber" – wenn wir schon Parallelen ziehen, müssen wir sie zu Ende denken. Heute fordert die PCI Polizeieinsatz, damals hat sie sich an die Spitze der illegalen Landbesetzungen gestellt. Drittens, sie pochte nicht nur auf die Agrarreform. Dies tat sie erst später, in der zweiten Phase der Landbesetzungen – man muß zwei Perioden der Landbesetzungen unterscheiden – nämlich 44–46 und 47–53 – und als sie dies dann tat, erlitt sie ihre historische Niederlage. Denn die Agrarreform, die 1950 durchgesetzt wurde, war eine Pseudoreform und hat zur Niederlage der Bauernbewegung und damit zur Schwächung der Arbeiterbewegung beigetragen. Gerade weil die PCI auf die Landreform gesetzt hat, und gerade weil sie nicht stark genug war eine echte Reform durchzusetzen, sondern der Initiative der DC unterlag und deren Reform über sich ergehen lassen mußte, gerade deswegen hat sich die Bauernbewegung aufgelöst.

Nachfrage: *Lucio, Du hattest gestern ausgeführt, daß z.Z. die PCI weniger Kampfpartei und mehr Regierungspartei ist. Ist dies nicht eine logische Konsequenz der Verhandlungsweise mit der DC? Ist es nicht notwendig, um das reale Kräfteverhältnis gegenüber der DC zu verändern, sich an die Spitze jeder einzelnen Forderung der sozialen Bewegung zu stellen, d.h. im wesentlichen die Massenbewegung zu führen. D.h. aber auch, es in der jeweiligen Situation auf einen Bruch in den Verhandlungen mit der DC ankommen zu lassen. Läßt man es nicht auf einen Bruch ankommen, muß man ja in jeder Situation klein beigeben. Muß also nicht die Art und Weise, die Methodik der Politik des Historischen Kompromisses verändert werden? Muß sie nicht zugeschnitten werden auf die Durchsetzung einzelner konkreter Forderungen, wie z.B. um die Polizeigewerkschaft, um studentische Forderungen, um die Abtreibung u.ä.?*

Lombardo-Radice: Ja, aber Du stellst nur taktische Fragen, damit kann man einverstanden sein.

Rudolf Steinke: Aber eine Strategie muß ihre Richtigkeit in der Tagespolitik beweisen...

Lombardo-Radice: Aber strategisch und prinzipiell so ein Kompromiß oder Abkommen an der Spitze zu haben, das steht keineswegs im Gegensatz zu harten Kämpfen von unten. Umgekehrt man kann an der Spitze ein Abkommen nur erzwingen, falls die Kämpfe von unten sehr stark sind. Falls Du mir sagst, in diesem und jenem Fall war die PCI schwach, dann kann es sein. Es ist keine prinzipielle Frage. Die Frage ist, ob die Strategie richtig oder unrichtig ist. Und ich behaupte, daß unsere Strategie richtig ist. Taktische Fehler kann man korrigieren. Es ist viel schwieriger, strategische Fehler zu berichtigen.

.... die PCI als Papiertiger

Natoli: Als ich eben eine Kritik an der Aktion der PCI, vor allem in den letzten Monaten, geübt habe, schickte ich dabei voraus, daß ich diese Kritik aus dem Innern der Strategie der PCI selbst entwickelte und dabei für einen Moment meine Position – eine grundsätzliche Kritik dieser Strategie – außer acht ließ. Ich stellte dabei fest, daß auch im Rahmen der Linie der PCI die Anwendung dieser Linie unzureichend und schließlich falsch ist – und zwar in dem Sinne, daß die Elemente des Verhältnisses mit den politischen Kräften auf Spitzenebene, diejenigen Elemente also, die in der Publizistik der Kommunistischen Partei ihre Physiognomie als Regierungspartei ausmachen, in der letzten Zeit ein erdrückendes Übergewicht im Verhältnis zu dem, was die Handlungen einer Kampfpartei sein müßten, erhalten haben.

Um nun meine kritische Auffassung über die Strategie der PCI zusammenfassend zum Ausdruck zu bringen, will ich zwei Dinge hinzufügen:

– Zuallererst glaube ich, daß der Vorschlag des historischen Kompromisses im Grunde ein Vorschlag ohne strategischen Ausweg ist. Der historische Kompromiß hat es der Kommunistischen Partei seit 1973 ermöglicht, eine große Anzahl taktischer Erfolge zu erreichen und ich würde auch sagen, daß es sich um eine Linie handelt, die mit großer Intelligenz und mit großer taktischer Raffinesse umgesetzt wurde. Aber dieser taktischen Feinheit entspricht überhaupt keine strategische Klarheit. Worauf zielt der historische Kompromiß ab? Auf ein Abkommen mit der *gesamten* Christdemokratie. Meiner Meinung nach ist das ein absolut unmögliches Abkommen. Die gesamte DC wird *niemals* aktzeptieren, ein Abkommen mit der PCI zu schließen, auf der Basis, die ihr von der PCI vorgeschlagen wird: etwa der einer demokratischen Reform des Staates.

– Wenn nun dieser Ausweg verschlossen ist – und ich glaube, daß dieser Ausweg *absolut* verschlossen ist, aufgrund der Natur der Democrazia Cristiana, die im Grunde eine konservative Massenpartei ist, in der die konservativen Kräfte die Kontrolle über alle für die Linie der Partei entscheidenden Handlungen haben – so bleibt die andere Möglichkeit: die Möglichkeit nämlich, daß die PCI die Linie des historischen Kompromisses dazu benutzt, um ein Zerbrechen der DC zu erreichen. Aber das würde im Lande unmittelbar einen völlig anderen Typus politischer Auseinandersetzung eröffnen. Denn wenn dieses Ergebnis heranrückte, so wäre die Folge davon, daß die PCI in der Tat die beherrschende Kraft in Italien wäre. Nun glaube ich, daß ein solches Resultat absolut nicht akzeptiert werden könnte, und zwar nicht nur von der Gesamtheit der reaktionären Kräfte, sondern von der Gesamtheit der Kräfte der Bourgeoisie, auch denen des fortgeschrittenen Kapitalismus in unserem Lande.

Aus diesen beiden Überlegungen heraus bin ich der Meinung, daß der historische Kompromiß – während er der PCI auf der taktischen Ebene unleugbare Resultate gebracht hat – gleichzeitig eine Linie ist, die eine absolut unpraktikable Strategie vorschlägt.

Ich will damit sagen – *ecco*, um meine Meinung bis zum, wenn man will, polemischen Extrem zuzuspitzen –, daß die PCI mit der Linie des historischen Kompromisses eine Physiognomie angenommen hat, die, um einen typischen Ausdruck des Vorsitzenden Mao zu gebrauchen, der Position eines *Papiertigers* gleichkommt. Natürlich beziehe ich mich auf die Bedeutung, die der Vorsitzende Mao diesem Ausdruck gab, und nicht auf die in der ganzen Welt und auch in Italien und auch in der Kommunistischen Partei verbreiteten vulgären Interpretationen. Er benutzte die Bezeichnung 'Papiertiger', wenn die Perspektive solcherart war, daß die feindlichen politischen Kräfte auf taktischer Ebene äußerst stark waren – und ich glaube, daß die PCI auf taktischer Ebene in diesen Jahren äußerst stark war und die Resultate sind sichtbar – auf strategischer Ebene dagegen äußerst schwach. Und die PCI war, und ist auf strategischer Ebene äußerst schwach, indem sie nämlich einen Gesamtausweg aus der italienischen Situation in einem Verhältnis zur Democrazia Cristiana vorschlägt, das vollkommen unpraktizierbar ist. In diesem Sinne bin ich in der Tat der Meinung, daß sich paradoxerweise – und indem ich einen Ausdruck verwende, der ausgesprochen metaphorisch sein will – die PCI in den letzten Jahren als Papiertiger erwiesen hat.

Frage: *Ist der Eurokommunismus eine wirkliche gesamteuropäische oder westeuropäische Strategie, die darauf hinausläuft, die starke wirtschaftliche Macht der BRD, die ja langsam Ordnungsfaktor wird, in Westeuropa zu isolieren? Versucht der Eurokommunismus die BRD durch ein Bündnis der sozialistischen und eurokommunistischen Parteien zu isolieren, oder ist der Eurokommunismus nur eine ideologische Strömung, die im eigentlichen Sinne sogar ein Bündnis mit der deutschen Sozialdemokratie sucht? Auch mit der Sozialdemokratie als Regierungspartei? Bedeutet dies nicht letztlich einen Verzicht auf die Überwindung der Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung, die im Norden überwiegend durch die Hegemonie der sozialdemokratischen Parteien und im Süden durch die kommunistischen und sozialistischen Traditionen gekennzeichnet ist?*

Kammerer: Ich glaube, der Eurokommunismus ist vor alleme eine Strategie der großen kommunistischen Mittelmeerparteien der Reformen des demokratischen Staates. Über eine solche Reform unter Beachtung der Spielregeln an die Regierung und gleichzeitig auch an die Macht zu kommen. Ich glaube so eine Strategie ist in der BRD eine reine Illusion. Eine Reform des demokratischen Staates, um über solch eine Reform unter Beachtung der demokratischen Spielregeln hier an die Macht zu kommen, dafür sehe ich in der BRD überhaupt keine Möglichkeit. Folglich kann der Eurokommunismus für uns überhaupt keine Strategie sein. Das heißt nicht, daß der Eurokommunismus nicht nützlich ist für uns und daß wir nicht mit dem Eurokommunismus zusammenarbeiten sollten, denn der Eurokommunismus kann uns helfen, uns gegen den Abbau demokratischer Rechte zu wehren. Umgekehrt glaube ich auch vielmehr, daß der Eurokommunismus heute eine Strategie ist gegen den Abbau und zur Sicherung demokratischer Rechte, nicht jedoch für den Sozialismus. Ich erinnere ganz kurz an Marx im Gothaer Programm und Engels Kritik im Erfurter Programm, die den deutschen Sozialdemokraten ständig sagen, verwechselt nicht gut bürgerliche Forderungen nach allgemeiner Schulbildung, Regelung der Gefängnisarbeit etc. Forderungen nach der Republik mit kommunistischen oder sozialistischen Forderungen. Also verwechselt nicht den Weg zum Sozialismus mit bürgerlichen und demokratischen Forderungen. Und Engels beklagte, daß sowohl im Erfurter Programm als im Gothaer Programm von sozialistischen Zielen eigentlich gar nicht geredet wird, sondern daß jene verwechselt werden mit bürgerlichen Zielen, die in bürgerlichen Republiken erreicht werden und die man natürlich nicht verachten sollte. Wir wären froh, wenn wir eine ordentliche bürgerliche Republik hätten, aber das ist noch lange kein Sozialismus.

Lucio Lombardo-Radice: Der Eurokommunismus ist eine politische Bewegung. Jede ernsthafte Bewegung hat eine theoretische Basis, und der Eurokommunismus ist auch eine Entwicklung des Marxismus. Was ist seine historische Basis? Es ist die Entwicklung Europas im letzten Jahrhundert: der Faschismus und der Kampf zur Rückeroberung der Demokratie. Man hat in diesem Kampf die Herausbildung einer 'neuen Demokratie', durch den proletarischen Kampf gesehen, die keinen Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischen Sozialismus darstellt. Es ist notwendig, um eine westeuropäische Revolution zu realisieren, Sozialismus als Endziel eines demokratischen Prozesses zu verstehen.

Es gibt viele Schichten und der Begriff der Arbeiterklasse ist viel breiter geworden. Es gibt eine grundsätzliche Gemeinsamkeit der Interesse verschiedener Schichten und Klassen: antimonopolitische etc. Und vor allem: es gibt eine Tradition der Demokratie, der bürgerlichen und der 'neuen Demokratie . Ich würde die Demokratie Italiens nicht nur als eine bürgerliche beschreiben. Es gibt neue Elemente. Basisdemokratie und repräsentative Demokratie sind verknüpft, sie unterstützen sich gegenseitig. In einen solchen Prozeß muß auch Westdeutschland einbezogen werden und dazu ist der Kampf der Eurokommunisten keineswegs ein Kampf gegen Westdeutschland. Aber es ist sehr bedeutsam, die repressive Regierung in Westdeutschland zu stürzen und die demokratischen Kräfte zu unterstützen um eine demokratische Entwicklung einzuleiten. Deutschland hat eine andere historische Entwicklung und es gibt keine große Tradition von Basisdemokratie, das war das deutsche Elend, sagte schon Marx. Es war eine deutsche Tragödie, daß es so viele repressive Perioden gab und so wenige demokratische.

Ein sehr wichtiger Punkt in der Strategie des Eurokommunismus ist Westdeutschland. Es ist in diesem Moment eine Gefahr für die Entwicklung eines demokratischen Sozialismus in ganz Europa. Aber dies bedeutet nicht, sich gegensätzlich zur SPD zu stellen. Nein, die Frage der SPD – es ist möglich dies so zu sehen – ist ähnlich der DC, einer 'Mehrklassenpartei', mit verschiedenen Tendenzen, deren Unterschied man beachten muß und womit man rechnen muß. Im allgemeinen bin ich mit Robert Havemann einverstanden, wenn er schreibt, daß man die historische Spaltung in eine kommunistische und eine sozialdemokratische Bewegung überwinden müsse. Ich habe natürlich kein Rezept dafür. Aber es muß eine grundlegende Idee sein.

Frage: *Recht wichtig für die sozialistischen und demokratischen Kräfte in der BRD ist die Frage nach der Natur der Kritik, die die eurokommunistischen Parteien an der Sowjetunion, am sowjetischen Weg zum Sozialismus haben. Die PCI versucht ja die Vermittlung zwischen den Erfolgen der Oktoberrevolution und der westeuropäischen Arbeiterbewegung zu leisten. Ist das möglich, wenn weiterhin zwei militärisch politische Blöcke existieren? Oder muß eine Auflösung dieser Blöcke nicht erfolgen, um überhaupt eine neue Einheit der europäischen Arbeiterbewegung schaffen zu können?*

Besteht nicht die Gefahr für die Entwicklung der eurokommunistischen Parteien, daß die sowjetische kommunistische Partei auch zu dem Mittel der Spaltung in den europäischen kommunistischen Parteien greift, wie wir es in Spanien und in Griechenland erlebt haben. In Spanien durch die Listogruppe und in Griechenland durch die innere und äußere kommunistische Partei.

Aldo Natoli: Ich glaube, daß der Eurokommunismus in der Tat – wie Lucio sagte – einen äußerst wichtigen Punkt der Ankunft und der Wiederaufnahme der Linie der demokratischen Entwicklung, des demokratischen Wegs zum Sozialismus darstellt, wie er von der italienischen Kommunistischen Partei seit vielen Jahren erarbeitet wurde. Und ich galube, daß die Ursprünge der neuen Entwicklungsphase dieser Linie im Versuch gesehen werden müssen, einen Beginn zuende zu führen, der in Italien durch das Werk Togliattis gekennzeichnet ist. Togliatti kämpfte spätestens seit 1956 – zumindest in offener Weise – für die Forderung einer Autonomie der Kommunistischen Parteien von der bis dahin direkt oder inidrekt beherrschenden politischen Linie der KPdSU und der Sowjetunion. Die diesbezüglichen Positionen Togliattis sind bekannt.

Lombardo-Radice: Polyzentrismus . . .

Natoli: . . . genau: Autonomie, Polyzentrismus, Verneinung des führenden Staats, der Führungsrolle der sowjetischen Kommunistischen Partei und Einheit in der Vielfalt der internationalen kommunistischen Bewegung . . . Das war Togliatti. Und diese Linie wird nun im Eurokommunismus sehr weit vorangetrieben und zwar mit Modifikationen – wie ich finde – qualitativen Typs. Wenn Berlinguer z.B. soweit geht, auf die Frage eines Journalisten zu erklären, daß für die PCI das Problem darin besteht, daß sie im kapitalistischen Westen lebt und damit auch nicht die militärischen Strukturen infragestellt, die das heutige Europa charakterisieren – also die NATO – und wenn er in diesem Bereich dem Nordatlantischen Pakt gegenüber dem Block der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder schließlich eine *Schutzfunktion* zuschreibt, – *ecco* – so sehe ich in einer solchen Aussage eine tiefgreifende Modifikation der Linie Togliattis.[4] Ich glaube, Togliatti hätte diese Erklärung niemals gemacht, auch wenn er – wie er es meiner Ansicht nach mit absoluter Überzeugung tat – die Autonomie von der Sowjetunion forderte. Das ist also der *erste* Punkt: Der erste Ursprung des Eurokommunismus liegt im Versuch, diesen von Togliatti gegenüber den Ostblockländern eröffneten Kurs bis zuende zu führen und ihn damit qualitativ zu erweitern.

Zweite Frage: *Parallel damit einher geht der Umstand, daß die italienische Kommunistische Partei, die spanische Kommunistische Partei – in einigen Aspekten vielleicht noch vor der italienischen –, und danach die französische Kommunistische Partei mit – wie ich es sehe – der Eilfertigkeit eines parvenu sei es in kultureller, sei es in politischer Hinsicht, daß diese Parteien auf immer akzentuiertere Weise mit dem Vorschlag des Eurokommunismus die Übernahme der westlichen Demokratie zu ihrer prinzipiellen Linie erklärt haben und dies mit größerem oder geringerem Erfolg in ihrer Praxis zu realisieren versuchen; und zwar die Übernahme nicht nur der historischen institutionellen Formen der westlichen Demokratie, sondern auch ihre allgemeinen Prinzipien, ihre allgemeinen Werte und – glaube ich – schließlich sogar ihre Vorurteile.*

Drittens ist der Eurokommunismus der Versuch, Verbindungen zunächst zwischen den kommunistischen Parteien, aber auch mit den sozialdemokratischen Parteine Westeuropas zu festigen. Und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Orientierung die Antwort darstellt auf ein dramatisches Bedürfnis und einen historischen Mangel der Arbeiterbewegung – ein Problem, dem weder die kommunistische noch die sozialistische Internationale wirksam zu begegnen wußten und das auch in der Periode, in der es über die Volksfronten eine Einheit der Aktion gab nie wirklich in seiner Substanz gelöst wurde.

Dies also scheint mir der Rahmen, in dem der Eurokommunismus entsteht, ein Rahmen, in dem auch einige grundlegende Ziele dieser Linie deutlich werden. Wenn ich noch die Zeit habe, anzudeuten, worin meine Kritik dieser Linie bestht, will ich in aller Kürze folgendes sagen: In dieser Linie treffen sich einige tiefgreifende ungelöste Erfordernisse der westlichen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung, vor allem der italienischen, aber auch der der anderen Länder. Das erste Erfordernis wurde von Togliatti i.J. 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU gestellt

und war eine grundlegend richtige und vor allem zum Zeitpunkt ihrer Entstehung historisch legitime Forderung, nämlich zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion ein völlig anderes Verhältnis herzustellen, als dies in den Jahren der dritten Internationale der Fall gewesen ist. Die Grenze der Aktion Togliattis liegt meiner Ansicht nach darin, daß dieses Unterfangen nicht bis zuende durchgeführt wurde; und zwar aufgrund der unzureichenden Kritik des Stalinismus, die Togliatti übte und die im Grunde bis heute innerhalb der italienischen Kommunistischen Partei vorhält. Man kann keine ausreichende Kritik des Stalinismus führen, wenn man dort stehenbleibt, wo Togliatti stehengeblieben ist: daß nämlich in der UdSSR und den anderen osteuropäischen Ländern der Sozialismus verwirklicht ist, aber die Freiheit fehlt. Diese Analyse ist meiner Meinung nach absolut unzureichend. Ich glaube vielmehr – ich habe hier nicht die Möglichkeit, diese These zu vertiefen –, daß die Dinge genau umgekehrt liegen, daß es nämlich in diesen Ländern – vor allem der Sowjetunion, aber auch den anderen – keine Freiheit gibt, keine Freiheiten existieren, *weil es dort keinen Sozialismus gibt.* Das ist der grundlegende Punkt! Es ist meiner Ansicht nach unvorstellbar zu denken es könne den Sozialismus ohne die Freiheit geben. Dies ist eine der vom Marxschen Denken am weitesten abweichenden Ideen. Für Marx war die Verwirklichung des Kommunismus die Verwirklichung der Freiheit des Menschen . . .

Lombardo-Radice: . . . die Freiheit aller ist die Bedingung der Freiheit jedes Einzelnen . . .

Natoli: . . . ja, sie ist die Befreiung des Menschen aus der Entfremdung im kapitalistischen Arbeitsverhältnis und sie ist die Befreiung des Menschen aus der Unterdrückung der 'societa civile' durch die 'societa politica'. (s.o.Anm.) Es ist also theoretisch absolut unbegründet und auch empirisch falsch zu behaupten, es gebe in diesen Ländern den Sozialismus, aber nicht die Freiheit. Es gibt dort nicht die Freiheit, weil es den Sozialismus nicht gibt, weil dies eine *Gesellschaft besonderen Typs* ist, die ich jetzt nicht flink als 'Restauration des Kapitalismus' definieren will, wie dies oft getan wird. Nein – die ist eine besondere Frage für sich, die man aufmerksam untersuchen sollte.

Hier liegt also das Problem. Wenn die westlichen Kommunistischen Parteien bis heute nicht dazu in der Lage sind, eine grundlegende systematische – theoretische und historisch-politische Analyse der östlichen Gesellschaften zu leisten und damit der Konzeption des Kommunismus gleichzeitig ihren ursprünglichen wie neuen Inhalt zurückzugeben – ich unterstreiche *Kommunismus,* ich sage nicht Sozialismus! –, wenn diese Parteien dazu nicht in der Lage sind, dann sind sie auch nicht dazu in der Lage, ihren Kampf für den Kommunismus zu erneuern. Und damit ist die unausweichliche Konsequenz der in diesen Parteien vorherrschende Kurs, sich also einen Weg zum Kommunismus vorzunehmen, der in Wirklichkeit *ein nur politischer Übergang* ist und kein Übergang, der von tiefgreifenden Veränderungen der gesllschaftlichen Beziehungen im kommunistischen Sinn begleitet ist.

Die Kritik, die ich übe, ist damit folgende: Sie geht dahin, daß der Eurokommunismus, während er entsteht, als Antwort auf diese historisch legitime Erfordernisse, ihnen eine Verwirklichung gibt, die immer mehr dahin tendiert, die Kommunistischen Parteien in *große demokratische Parteien* zu verwandeln; bei der Kommunistischen Partei Italiens glaube ich in eine *„nazional-popolare"*[5] Partei, was ich für die französische KP nicht sagen würde, während es hingegen möglich ist, daß dies mit der spanischen KP geschieht In Parteien also, bei denen das Problem der Verwirlichung der breitesmöglichen Demokratie, das ich auf der Ebene des unmittelbaren Kampfes gegen einen sie bedrohenden Feind verteidigen würde, nichtsdestoweniger keinerlei Perspektive in Richtung auf eine Transformation kommunistischen Typs hat.

Lucio Lombardo-Radice: Ich glaube, daß eine eurokommunistische Bewegung und ein eurokommunistisches Modell objektiv unvereinbar sond mit dem Modell der Sowjetunion. Es ist unmöglich, zu behaupten, daß nur aus geografischen Gründen verschiedene Wege zum Sozialismus sich entwickeln. Freiheit der Meinungen und eine gewisse Dialektik, eine pluralistische Dialektik ist auch immer innerhalb eines realisierten Sozialismus notwendig. Hierfür ist der Eurokommunismus objektiv eine Unterstützung, eine Hoffnung für die sozialistische Opposition, z.B. Medjewe in den UdSSR, in Polen und Ungarn, Heller und andere Genossen sind keineswegs bürgerliche Kritiker der Gesellschaft. In der Tcheschoslowakei sind ein Drittel oder mehr der Partei oppositionell und der Eurokommunismus ist die große Hoffnung dieser Tendenzen. Auch glaube ich, daß es weitere Strömungen innerhalb der Gesellschaft gibt, die beweglicher und nicht so monolithisch sind. Aber wir dürfen absolut unsere Kritik nicht mit der bürgerlich-imperialistischen Kritik vermischen. Dies ist eine große Gefahr. Z.B. in Italien versuchen viele Leute, auch sogenannte demokratische, uns zu zwingen, die Position zu beziehen, daß die Oktoberrevolution kein Beginn war. Daß sie total falsch war. Daß man alles verneinen muß! Dies ist unmöglich! Dies ist historisch unmöglich! Wir sind Söhne der Oktoberrevolution und wir sind doch Eurokommunisten, weil wir gestern Bolschewiken waren.[6] Dies ist meine These! Insbesondere für die KPI gibt es eine Kontinuität. Wir waren in der Komintern und übten eine sehr schwierige Kritik an der Sowjetunion, die für uns die Unterstützung des Antifaschismus, die Siege von Stalingrad usw. verkörperte.

Wir müssen sicherlich unsere Vergangenheit kritisch betrachten, aber es ist absolut möglich, sie zu verneinen. Es gibt eine historische Kontinuität und es gibt die historische Tatsache, daß es trotzalledem eine Revolution gibt, die an der Oktoberrevolution anknüpft. Die Oktoberrevolution und ihre Folgen sind eine ungeheure Befreiung für Millionen von Menschen und unterentwickelte Länder. In diesem Sinne üben wir keine destruktive Kritik, keine einseitige und nicht von rechts, sondern von links. Wir wünschen nicht mit den Staaten des realen Sozialismus zu brechen, sondern umgekehrt den Entspannungsprozeß zu beschleunigen.

Eurokommunismus und Osteuropa

In diesem Sinne antworte ich auch auf die *zweite Frage:* Wir suchen nicht die Vermittlung. Wir sind nicht Vermittler zwischen der westeuropäischen Arbeiterbewegung und den östlich sozialistischen Staaten. Wir üben sehr stark unsere Kritik und sind für die Entspannung. Dies ist etwas anderes als Vermittlung innerhalb der Arbeiterbewegung. Wir üben innerhalb der Arbeiterbewegung öffentlich unsere Kritik und unterstützen eine demokratisch-sozialistische Opposition. Z.B. die spanischen Genossen haben Wolf Biermann ein Parteibuch gegeben. Dies war vielleicht ein wenig rhetorisch, doch politisch wertvoll. Ich bin ein großer Freund von Biermann, doch ich werde der italienischen Partei nicht vorschlagen, dem Genossen – ich betone: dem Genossen – Wolf Biermann das Parteibuch zu geben.

Aldo Natoli sagt, daß unsere Kritik nicht sehr tiefgreifend sei. Dazu muß ich sagen, daß es in der PCI und insbesondere im „Instituto Gramsci" eine offene Diskussion geführt wird. Es gibt KPI Genossen, die behaupten, daß es sich nur um eine nachkapitalistische Gesellschaft handelt, andere, die von einer „Übergangsgesellschaft" sprechen. Ich anerkenne den Vorgang der These, die von einer sozialistischen Basis ausgeht. Meine Auffassung ist, daß es sich um einen Staats*sozialismus* handelt.

Aldo Natoli: Wie Elleinstein.....?

Lombardo-Radice: Es gibt ein Verhältnis zwischen der politischen und ökonomischen Struktur, es ist aus marxistischer Sicht unmöglich zu sagen, der Sozialismus ist in Ordnung, aber die Freiheit ist nicht vorhanden.

Man muß auch sagen, aufgrund der historischen Erfahrung, daß es mehrere Arten des Sozialismus gibt, z.B. in kapitalistischen Gesellschaften, gibt es auf der Grundlage derselben Strukturen, oder fast derselben Strukturen: absolute Monarchie, demokratische Republik, Diktatur und Faschismus. Ich sage nicht mit ganz gleicher Struktur. Aber Frankreich während des letzten Jahrhunderts ist hierfür ein glänzendes Beispiel, für einen unterschiedlichen politischen Überbau einer bürgerlichen Gesellschaft.

Bei der Sowjetunion ist das Charakteristische die Verstaatlichung. Staatssozialismus, der mit sich eine repressive Macht bringt, eine Bürokratisierung usw., doch nicht Spätkapialismus sondern Staatssozialismus.

Lombardo-Radice: Zu dieser Frage will ich nur bemerken: Eine Spaltung in Spanien oder Frankreich kann nicht geschehen. Aus mehreren Gründen: Die Kritik des realen Sozialismus ist so weit verbreitet, daß es für unsere Länder unmöglich ist, eine orthodoxe Partei zu begründen. Vielleicht kleinere Gruppen, aber z.B. innerhalb der PCI gibt es nur wenige alte Genossen, die orthodoxe Positionen haben. Aber es gibt keine politische Gefahr. In dieser Periode glaube ich, hat der sowjetische Block kein Interesse, mit uns zu brechen.

Es besteht eine andere Frage: mit welchen kommunistischen Parteien gilt es ein Verhältnis zu haben? Diese Frage ist nicht gänzlich gelöst. Wir haben gute Beziehungen mit der inneren Partei Griechenlands. Wir haben aber auch Beziehungen mit der prosowjetischen Partei. Prinzipiell erkennen wir nicht an, daß die Sowjetunion ihren „kommunistischen Stempel" den Parteien aufdrückt.

Es gibt noch Fragen in bezug unseres Verhältnisses zu linksoppositonellen Kräften in Österreich oder auch hier in Deutschland. Es gibt Probleme. Wir wünschen nicht, mit der DKP zu brechen. Aber wir müssen auch mit anderen Gruppen Beziehungen haben.

ANMERKUNGEN

1. Lombardo-Radice spielt hier auf die Kommunal-Wahlen am 17. April 77 in *Castellamare di Stabia* an, einem vergleichweise bedeutenden regionalen Zentrum von Campania, im Mezzogiorno. Hier hatten die Kommunisten bei den Parlamentswahlen des 20. Juni 1977 45,8 % der Stimmen erhalten: Bei den diesjährigen Kommunalwahlen erhielten sie nur mehr 34,5 %, rutschten also nahezu auf ihren Stimmenanteil der letzten Kommunalwahlen d.J. 1972 (nämlich 33,4 %) zurück. Der größte Teil der von der PCI verlorenen Stimmen ging zur DC, die von 34,2 % bei den Kommunalwahlen 1972, 32,8 % am 20. Juni 76 bei den diesjährigen Kommunalwahlen in Castellamare auf 38,9 % kam. Castellamare mit seiner hohen Arbeitslosigkeit war in der Tat eine für den italienischen Süden „emblematische" Stadt, weil hier der politische Apparat der DC praktisch mit der „Hausmacht" (feudo) der Familie Gava identisch ist, auf deren Klientel jeder, der eine Beschäftigung sucht, angewiesen bleibt, solange keine strukturellen Reformen in der Beschäftigungspolitik wirksam werden. In der Regionalzeitung der PCI „La Voce della Campania" wurde dieses Wahlergebnis als „ein zweites Wahlsignal" an die Partei – nach dem ersten Signal: den Zwischenfällen anläßlich Lamas Rede in der römischen Universität – gewertet. (Vgl. auch die Sonderseite zu Castellamare in „il manifesto" 24.4.77). Im Norden hingegen, z.B. in *Rovigo* bei den Provinzialwahlen, machte die PCI im April noch weitere Fortschritte: von 36,1 % des 20. Juni auf 37,4 %.
2. Eine gute Schilderung der sozialen Situation und politischen Geschichte des napolitaner Subproletariats findet sich in den Briefen, die Maria Antonietta Macciochi anläßlich ihrer Wahlkampagne 1968 als Kandidatin der PCI in einem Elendsviertel in Neapel an den französischen kommunistischen Philosophen Louis Althusser geschrieben hatte (und die nach ihrer Veröffentlichung wegen ihrer Kritik an bürokratischen und überkommenen Strukturen der PCI eine heftige Debatte in der Partei auslösten, in der Lucio Lombardo-Radice Macciochis Buch verteidigte). S. Maria Antonietta Macciochi, „Letters from inside the Italian Communist Party to Louis Althusser", London 1973 (New Left Books.)
3. „Societacivile" kann hier nicht einfach mit dem deutschen „bürgerliche Gesellschaft" übersetzt werden, da sich Aldo Natoli hier auf den *Gransci*-schen Begriff von „s.c." bezieht: Dieser ist jedoch weder mit dem umgangssprachlichen Gebrauch von „bürgerliche Gesellschaft" im Deutschen identisch, noch mit dem theoretischen Gebrauch bei Hegel – Organisation und Reglementierung gesellschaftlicher Interessen – oder Marx – als „Gesamtheit der Produktionsverhältnisse", vulgo als „Basis" des kapitalistischen Systems. Gramsci versucht vielmehr mit dem Begriff der „societa civile", als dem Terrain, auf dem die herrschende Klasse ihre „Hegemonie" über die subalternen Klassen ausübt, einen *Struktur*zusammenhang bürgerlicher Gesellschaftlichkeit theoretisch zu fassen, der weder mit dem Bereich der ökonomischen Formbestimmungen des „Kapital" noch mit der Zwangsgewalt des repressiven Staatsapparates identisch ist, sondern die Bedingung für den Zusammenhalt beider darstellt: Dieser Bereich – der societa civile – bezeichnet jedoch nicht allein oder in erster Linie eine *Summe* verschiedener Institutionen (wie „ideologische Staatsapparate", Sozialisationsinstanzne, Parteien, Medien usw...) sondern ihren *Funktionsmodus*, der dem Zweck der Hervorbringung bürgerlicher Sozialcharaktere und der Verfestigung ihrer Verhaltensweisen und Lebensformen (d.a. zugleich der Ausgrenzung alternativer Lebenserfahrungen) entspricht. Die „societa civile" ist damit auch das wesentliche Terrain, auf dem im kapitalistischen Westen der Kampf um die Hegemonie zwischen den herrschenden Klassen und dem aufzubauenden antikapitlististischen „historischen Block" nach Gramsci geführt werden muß. Von der „societa civile" ist der Staat (im engeren Sinne) als „societa politica" unterschieden – in einer Erweiterung des Staatsbegriffes spricht Gramsci auch vom „stato integrale = societa civile + societa politica", die Hegemonie der herrschenden Klasse ist somit mit Zwang „gepanzert" – die kommunistische Transformation muß die Perspektive der Überwindung der Unterdrückung der „societa civile" durch die „societa politica" enthalten. Vgl. auch die Ausführungen zum Begriff des Kommunismus, die Aldo Natoli im weiteren Verlauf des Gespräches macht.
4. Natoli bezieht sich hier auf das berühmte Interview Berlinguers mit dem „Corriere della Sera" vom 15.6. 76, in dem er auf die Frage, ob „die NATO auch ein nützlicher Schutz sein kann, den Sozialismus in Freiheit aufzubauen", antwortete: „Ich wünsche, daß Italien nicht aus der NATO austritt, ‚auch' deswegen und nicht allein, weil unser Austritt das internationale Gleichgewicht erschüttern würde. Ich fühle mich hier sicherer, sehe allerdings, daß auch von dieser Seite ernsthafte Versuche kommen, unsere Autonomie einzuschränken" (nach Berlinguer: „La Politica internazionale dei Communisti Italiani", Roma 1976, S. 159 f.).
5. „Popolare" läßt sich nicht mit dem Deutschen „Volkspartei" übersetzen, da diesem italienischen Ausdruck das Charakteristische des deutschen „*Staats*volkes" fehlt und er einen stärker *sozialen* Bezug auf die unterdrückten und abhängigen Klassen und Schichten des Volkes hat. (Aldo Natoli hat im Oktober 76 auf einem Seminar in Rom und auch in Privatgesprächen in Berlin in einem „gewagten Bild" eine historische Parallele der heutigen PCI zu dem, was die Kuomintang *zu Zeiten Sun Yar-Sen's* war, gezogen: eine die Interessen mehrerer Klassen des Volkes vertretende Partei mit dem vorrangigen Ziel, die demokratische Entwicklung voranzutreiben.)
6. Lucio Lombardo-Radice spielt hier auf seinen Artikel „Eurokommunist und Bolschewik" in der *Unita* vom 15. Jan. 77 an, in der er auf die Kommentare antwortet, die die republikanische und christdemokratische Presse der „Deklaration kommunistischer Intellektueller" gewidmet hatten, in der sich die kommunistischen Professoren Nicola Badaloni, Biagio De Giovanni, Cesare Luporini, Carlo Smuraglia, Rosario Villari und Lucio Lombardo Radice mit den Zielen der „Charta 77" solidarisiert hatten. Auf die Forderungen der bürgerlichen Presse, sich von der historischen Vergangenheit der PCI zu distanzieren, antwortete Lombardo-Radice: „Um zu schließen: Wir sind keine zur bürgerlichen Demokratie bekehrten. Als italienische Kommunisten kämpfen wir sozusagen ‚schon immer' dafür, den Sozialismus in Freiheit und in der Demokratie aufzubauen... als ich vor 40 Jahren ersucht habe, Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens, Sektion der Kommunistischen Internationale zu werden, habe ich das gemacht, weil ich in der PCI die Organisation sah, in der ich besser als in jeder anderen für die Freiheit kämpfen kann... in einem alten Kommunisten, wie ich es bin, stekken keine ‚Überbleibsel' eines ‚unbewußten Bolschewismus'; es ist das klare Bewußtsein, daß wir heute Eurokommunisten sind auch deshalb, weil wir gestern Bolschewiken waren: unbeugsam, wie es jene schweren Zeiten verlangt haben im Kampf um die Eroberung der Freiheit. Wir haben uns geirrt in der Rechtfertigung der politischen Unterdrückung in anderen Ländern aus Angst, den Sozialismus durch Kritik zu kompromittieren; wir haben uns jedoch nicht geirrt, auf der Seite des Sozialismus zu sein und zu bleiben."
   (Dieser Artikel ist neben anderen Materialien über das Verhältnis der „eurokommunistischen" Parteien zu den osteuropäischen Dissidenten abgedruckt in: Info des Sozialistischen Osteuropakommittees, Nr. 22/Juni 77).
7. Jean Elleinstein, „Geschichte des ‚Stalinismus' ", Berlin 1976; s.a. das Interview mit dem Spiegel Nr 21, 16. Mai 1977.